

DER ROTE ADLER

Informationen von Britta Kornmesser
Landtagsabgeordnete der Stadt Brandenburg an der Havel

Januar – März 2023



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

das neue Jahr hat begonnen und das politische Geschäft läuft wieder auf Hochtouren. Auch draußen in unserer Umwelt hat sich der Frühling aufgemacht und zeigt die ersten Züge seiner vollen Pracht. Bei allen Schwierigkeiten des Alltags schaut daher ab und zu mal in die Natur, geht spazieren und lasst Euch aufheitern!

Ich stelle Euch heute in diesem Newsletter wieder spannende Themen aus der Landtagsfraktion, wie auch einzelne Besuche aus dem Wahlkreis vor.

Auch habe ich in den zurückliegenden Plenarwochen im Landtag wieder einige Reden halten dürfen. Unter anderem über das Thema der sogenannten Balkonkraftwerke. Wer wissen möchte, was genau das ist, der findet die Auflösung in der Rubrik „Reden im Landtag“.

Wer zudem schon immer mal wissen wollte, was ich in einer typischen Arbeits- und Landtagswoche mache, für den habe ich auch meine Homepage aktualisiert. Schaut einfach mal rein:

<https://www.brittakornmesser.de/landtag/>

Viel Spaß beim Lesen!

Eure

A handwritten signature in blue ink that reads "Britta Kornmesser". The signature is written in a cursive, flowing style.

Neues aus dem Landtag

Besichtigung Baustelle Bahnwerk Cottbus und Besuch im Rathaus

Im Januar war der Arbeitskreis 4 für Wirtschaft, Arbeit, Energie, Infrastruktur und Landesplanung der SPD-Landtagsfraktion in Cottbus unterwegs. Dort besichtigten wir die Baustelle des neuen Bahnwerks. Hier entsteht das modernste Instandsetzungswerk der DB AG für den ICE 4. Es werden unter anderem eine 2-gleisige und eine 4-gleisige Instandsetzungshalle von jeweils über 450 m Länge gebaut, wo zukünftig die sogenannte „schwere“ Unterhaltung für die elektrischen Triebzüge erfolgen soll. Die Wartungshallen sollen 2024 und 2026 in Betrieb gehen. Vor Ort entstehen dadurch 1.200 hochwertige und teilweise völlig neuartige Industriearbeitsplätze. Was heute noch wie eine Mondlandschaft aussieht, gilt in Zukunft als ein Leuchtturmprojekt des Strukturwandels in der Lausitz.

Besonderes Augenmerk legten wir bei der Besichtigung des in Bau befindlichen Bahnwerkes auf das Projektmanagement. Dieses Bauvorhaben wird nämlich erstmals im Rahmen eines Partnerschaftsmodells umgesetzt. Der Auftraggeber (DB-AG) und Auftragnehmer (Bauunternehmen, Planer, Gebäudeausrüster) arbeiten hier schon in der Planungs-, Projektierungs- und Genehmigungsphase eng als Team zusammen. Durch gemeinsame Projektziele und den Fokus auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit erhofft man sich, dass Termine, Kosten und Qualität wesentlich besser gesteuert und eingehalten werden als bei der herkömmlichen Verfahrensweise und dem Ausschreibungsprozedere nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB). Auch sollen zeitraubende Bauverzögerungsanzeigen, Nachträge und Rechtsstreitigkeiten minimiert werden. Nach Fertigstellung der komplexen Baumaßnahmen wird sich zeigen, ob dieses in Zusammenarbeit mit der Uni Berlin erarbeitete Modell sich bewährt hat und auch auf andere Großprojekte übertragen werden sollte.

Es sind noch weitere Innovationen geplant. So sollen die Dachflächen der großen Hallen mit Solarmodulen ausgestattet werden. Über den damit erzeugten Strom soll grüner Wasserstoff generiert werden, der wiederum der Stadt Cottbus für das Betreiben der 55 bestellten Wasserstoffbusse zur Verfügung gestellt werden soll. Ein nachhaltiges und wirklich zukunftsweisendes Projekt!



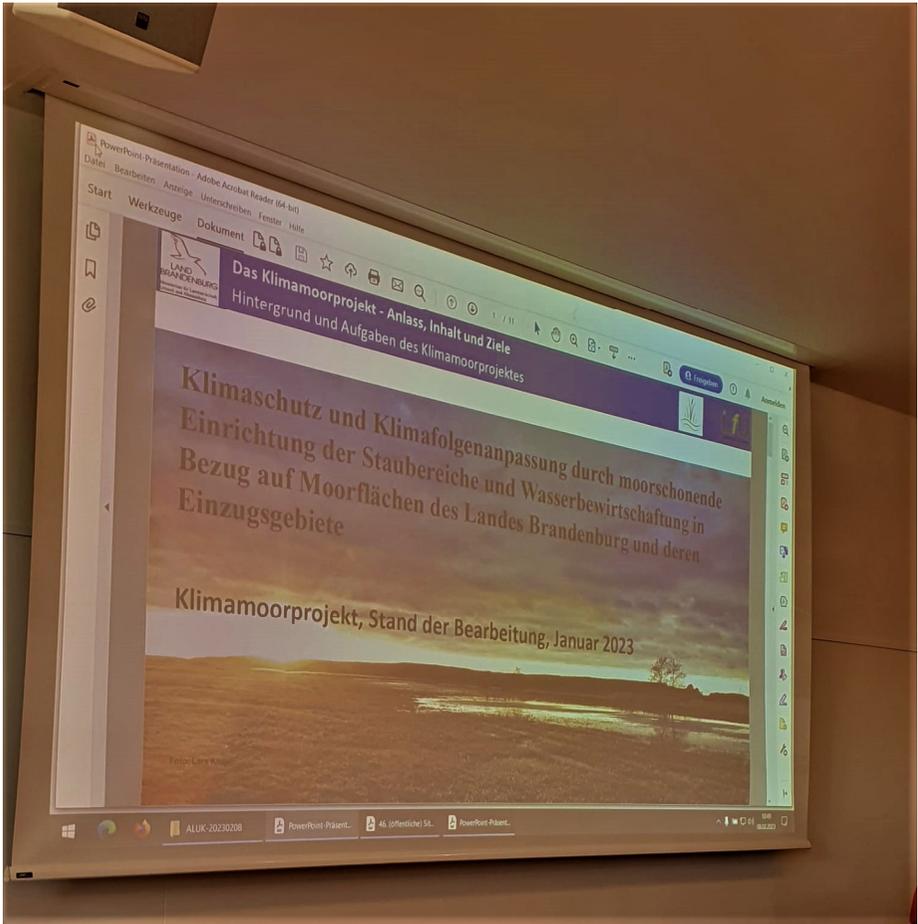
Erster Stopp war die Baustelle des Bahnwerkes, danach ging es ins Rathaus zu Tobias Schick (2. Von links)

Im Anschluss an die Baustellenbesichtigung haben wir den Lokaltermin auch für einen Besuch im Cottbusser Rathaus genutzt. Dort trafen wir uns mit dem erst kürzlich gewählten Oberbürgermeister von Cottbus, Tobias Schick (SPD). Mit ihm sprachen wir über seine Vorhaben und Ideen, wie auch über den Strukturwandel in der Region.

Anhörung zu Moorschutz und Wiedervernässung in Brandenburg

Während der Februar-Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, fand eine Anhörung zum Moorschutz im Land Brandenburg statt. Anlass war die schlechte Stimmungslage bei betroffenen Landwirten, die sich offenkundig bei diesem „Wiedervernässungsprogramm“ in Ihrer Existenz gefährdet sehen bzw. nicht mitgenommen fühlen. Ich bin zwar kein Mitglied des Ausschusses, da aber einige unmittelbar betroffenen Gebiete, wie z.B. das Breite Bruch oder der Polder Gollwitz, sich unmittelbar im Bereich der Stadt Brandenburg an der Havel befinden, fand ich es wichtig mich an der Diskussion aktiv zu beteiligen.

Im Kern geht es darum, dass unter der sogenannten „Wiedervernässung“ im Naturschutz und in der Landschaftspflege Maßnahmen zur Anhebung des Wasserstandes in Feuchtgebieten wie Mooren, Feuchtwiesen oder Flussauen mit dem Ziel der Wiederherstellung oder Renaturierung dieser Ökosysteme verstanden werden. Ziel ist es, dass durch diese Maßnahmen CO₂ gespeichert und gebunden wird, um die Klimabilanz zu verbessern.



Ein kurzer Blick in die Tagesordnung stellt die Wichtigkeit des Themas dar

Da dies aber nicht ohne Weiteres geht, sind langfristige Planungen, volle Transparenz und eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere aber der betroffenen Landwirte und Grundeigentümer erforderlich. Der Moorschutz in den bewirtschafteten Flächen steht und fällt mit den wirtschaftlichen Perspektiven für die Betriebe und für die betroffenen Regionen. Leider wird derzeit die Tragweite dieses Vorhabens nicht hinreichend kommuniziert und deshalb in der Folge unterschätzt. Daher ist es wichtig, zuerst eine detaillierte Bestandsaufnahme zu machen, aus der konkrete Aussagen über die

notwendigen Auflagen und Planungsanforderungen abgeleitet werden können. So können Fehlentwicklungen vermieden werden und neue Erkenntnisse zeitnah in die Praxis transferiert werden. Niemand sollte beispielsweise ein Bauvorhaben planen und der Baugrund oder die Statik sind durch Feuchtgebiete ungeklärt.

Die Anhörung während der Ausschuss-Sitzung hat gezeigt, dass der Ansatz, Bestandsmoore zu schützen und sich für die Wiedervernässung einzusetzen, von den Beteiligten grundsätzlich unterstützt wird, allerdings muss konkret im Einzelfall betrachtet werden, ob die Flächen tatsächlich dauerhaft für die Landwirtschaft entbehrlich sind oder zukünftig einer anderen landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können. Den Betrieben und Landnutzern müssen nutzungsorientierte Handlungsmöglichkeiten gegeben werden. Es ist erforderlich verlässliche Einkommensperspektiven und innovative Nutzungskonzepte aufzuzeigen. Beispielsweise sehe ich hier die Energieerzeugung in Verbindung mit Moorschutz. Dies würde die Wertschöpfung vor Ort erhöhen und so könnten derartige Pilotprojekte einmalig in Brandenburg werden und würden sogar Leuchtturmcharakter entfalten.

Tag der Verkehrswissenschaft in Potsdam

Am 14. Februar war der „Tag der Verkehrswissenschaft“ in Potsdam – der Jahresauftakt der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. (DVWG). Während des Jahresauftakts gab es wichtige Impulse für das Forschungsjahr 2023. Ziel ist es, insbesondere in Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten auf vielfältigem Wege vorhandenes Wissen zu bündeln, weiterzuentwickeln und von Expertinnen und Experten zu präsentieren. Aus Brandenburg waren die Firmen TITUS Research, die DigitalAgentur Brandenburg und das Hasso-Plattner-Institut vertreten.

Die Schlagwörter der Veranstaltung waren Automatisierung, Künstliche Intelligenz und Daten in Mobilität und Verkehr. In spannenden Impulsvorträgen wurde unter anderem über Daten und Künstliche Intelligenz zur Objekterkennung für die Binnenschifffahrt berichtet. Dabei soll die Binnenschifffahrt ins 21. Jahrhundert gebracht werden. Schiffe sollen sich zukünftig ohne Mannschaft aber mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz alleine auf den Binnengewässern bewegen. Die ersten Tests finden bereits auf der Spree-Oder-Wasserstraße statt.



Der Tag der Verkehrswissenschaft startet. Bild rechts: zusammen im Gespräch mit Dr. Axel Hessler von TITUS Research

Ein anderes Beispiel ist der digitale Wandel, dieser fordert die Kommunen, mit wachsenden Daten umzugehen und Daten nutzbar zu machen. Dazu wurde über Open Data für ländliche Mobilität referiert und die Mobilitätsplattform „bbnavi“ für Kommunen in Brandenburg vorgestellt. Mobilitätsdaten gewinnen dabei für Kommunen immer mehr an Bedeutung. Hierbei sollen insbesondere kleine Kommunen für den Datenaustausch gewonnen werden, da bisher keine kommunale Plattform vorhanden ist und die Datenqualität schlecht ist. Mit der App wird der Austausch von Daten und Echtzeitinformationen verbessert und ausgebaut. Beispiele sind hier der Austausch von temporären Daten zu Baustellen oder Weihnachtsmärkten, Fahrplanauskünfte, freie Parkplätze und Mitfahrangebote.

Die Wissenschaft ist ein Teil der Zukunft und kann diese einfacher und gewinnbringend für Stadt und Land machen. Wer sich näher mit den Themen beschäftigen möchte, kann dies auf der Homepage der DVWG tun:

<https://www.dvwg.de/>

Parlamentarischer Abend des Deutschen Beamtenbundes Brandenburg

Neben zahlreichen energie- und verkehrspolitischen Themen im Februar-Plenum gab es auch wieder einen Parlamentarischen Abend. Am 22. Februar 2023 veranstaltete der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion Brandenburg seinen Parlamentarischen Abend im Landtag. Die Veranstaltung wurde durch die Worte von Landtagspräsidentin Ulrike

Liedtke eröffnet. In Ihrer Rede sprach Sie den Kolleginnen und Kollegen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Land Brandenburg Ihren Dank und Respekt für ihre Arbeit aus. Die Parlamentarischen Abende sind immer sehr gut für interessante Gespräche mit den verschiedensten Vertreterinnen und Vertretern einzelner Institutionen und Organisationen und ich nutze diese gerne, um mich auszutauschen und zu vernetzen.



Am Rande des Abends entstand dieses Bild mit meinem Kollegen Björn Lüttmann, Wirtschaftsministerin Manja Schüle, Bildungsministerin Britta Ernst und mir

Reden im Landtag

Rede zu Bürokratische Hemmnisse für den Betrieb von Balkonkraftwerken abauen

Das neue Jahr hat begonnen und die erste Landtagssitzungswoche stand für mich an. Innerhalb des Januar-Plenums habe ich mich in meinen Redebeiträgen unter anderem mit den sogenannten Stecker-Solargeräten, oft auch „Balkonkraftwerke“ genannt, befasst.

Immer mehr Menschen suchen nach Möglichkeiten selbst Strom zu produzieren und ihre Energiekosten zu senken. Und dies ist tatsächlich auch für Mieter oder Wohnungseigentümer, die über keine eigenen Dachflächen für Photovoltaikanlagen verfügen, mit einer kleinen PV-Anlage z.B. auf dem Balkon möglich. Diese Anlagen bestehen aus maximal zwei Modulen mit zirka 600 Watt Gesamtleistung. Sie werden direkt über eine Steckdose an das vorhandene Stromnetz angeschlossen und speisen die erzeugte Energie ein. Meistens wird die vor Ort erzeugte Energie für die Eigenversorgung genutzt. Bislang sind aber die gesetzlichen Regelungen und Hürden zur Inbetriebnahme eines solchen kleinen Balkonkraftwerkes relativ hoch und halten viele mögliche Nutzer von einer Anschaffung ab.



Aber, es gibt gute Nachrichten! Seit diesem Jahr gelten Vereinfachungen, die von von der Bundesebene auf den Weg gebracht wurden. So fällt seit dem 1. Januar keine Mehrwertsteuer mehr für den Erwerb von PV-Modulen an. Auch müssen die Anlagen nun nicht mehr in der Lage sein, ihre Einspeiseleitung auf 70 % ihrer Maximalleistung zu drosseln.

Und jetzt die beste Nachricht! Der Verband der Elektrotechnik Elektronik Informations-technik e.V. (VDE) hat am 11.01.2023 ein Positionspapier vorgelegt, um die Installation und den Betrieb von Mini-PV-Anlagen deutlich zu erleichtern. Auf dieser Grundlage sollen sich Steckfertige Mini-Energieerzeugungsanlagen durchsetzen – ohne Abstriche bei

der Sicherheit für den Kunden und das Stromsystem zu machen. Der VDE ist eine der größten Technologie-Organisationen Europas und das VDE-Zeichen gilt seit über 100 Jahren als Synonym für höchste Sicherheitsstandards und Verbraucherschutz.

Der Verband schlägt für die Minierzeugungsanlagen Folgendes vor:

1. Die Einführung einer Bagatellgrenze bis 800 W auf Basis einer europäischen Empfehlung
2. Die Verwendung jeden Zählertyps ist möglich (auch rückwärts zählende)
3. Eine vereinfachte Anmeldung und Inbetriebsetzung
4. Die Duldung des Schuko-Steckers als Steckvorrichtung für die Einspeisung bis 800 W und
5. Sicherheitsvorgaben für die Anlagen

Aus meiner Sicht ist nur der Vorschlag, dass jeder Zählertyp verwendet werden darf diskussionswürdig, da die Netzbetreiber verpflichtet sind, jede Kilowattstunde, die durch ihr Netz durch geleitet wird, bilanziell abzugrenzen und einem Versorger bzw. einem Kunden zuzuordnen. Die Mengen, die nicht zugeordnet werden können, werden deren Netzverlusten zugerechnet. Der Gesetzgeber und der Normgeber sind nun aufgefordert, die vorgeschlagenen Änderungen schnell umzusetzen, so dass möglichst viele Menschen zukünftig ohne großen Aufwand einen eigenen kleinen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leisten können.

Rede zu Zukunft für die „Schorfheidebahn“ sichern – Instandsetzung und Reaktivierung unverzüglich in Angriff nehmen

Ebenfalls im Januar-Plenum befasste ich mich mit der Regionalbahn 63, der sogenannten „Schorfheidebahn“ zwischen Joachimsthal und Templin. In den vergangenen Monaten war der Probetrieb dieser Regionalbahn oft Thema – sowohl im Plenum als auch in den Fachausschüssen. Ausführlich wurden die Ergebnisse des Testbetriebes besprochen. Die gemeinsam festgelegten messbaren Kriterien für die Erfolgskontrolle waren dabei die zentralen Leitplanken des Verfahrens. Leider sind aber die Zahlen unter den Erwartungen und unter der vereinbarten Mindestnachfrage zurückgeblieben. Der Probetrieb hat im Ergebnis dazu beigetragen, die Schwächen der überalterten Infrastruktur deutlich werden zu lassen. Die Eisenbahninfrastruktur genügt technisch und nach ihren Leistungsparametern mit zurzeit höchstens 60km/h Streckengeschwindigkeit – an vielen Teilstellen auch deutlich langsamer – modernen verkehrlichen Anforderungen

nicht. Gleichzeitig erschwert sie im derzeit vorhandenen Zustand attraktive Angebote, die die Nachfrage stimulieren bzw. das vorhandene Nachfragepotential besser nutzen könnten.



Bei einer Anhörung im Ausschuss wurde klar: nur eine Beschleunigung der Fahrtgeschwindigkeit und Verdichtung des Angebotes kann eine Nachfragesteigerung bewirken. Und nur mit einer modernen und ausgebauten Infrastruktur ist eine solche Beschleunigung und Verdichtung möglich. Damit ein für die Fahrgäste attraktiver und ein unter wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien sinnvoller Betrieb Realität werden kann, muss also saniert werden. Im Rahmen der Reaktivierungsuntersuchung zum neuen Landesnahverkehrsplan des Landes Brandenburg ist daher beabsichtigt, auch für diese Strecke eine Nutzen-/Kostenuntersuchung (NKU) durchzuführen. Auf dieser Grundlage soll eine Förderung der Reaktivierung und Ausbau der Strecke durch den Bund im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes erreicht werden, um daran anschließend einen qualitativ hochwertigen Personennahverkehr auf der Schiene anbieten zu können. Ziel der SPD-Landtagsfraktion ist ein sicherer, verlässlicher und attraktiver Regelbetrieb auf der gesamten Strecke der RB 63. Und der erste notwendige Schritt dafür ist die Nutzen-Kosten-Untersuchung für diese Strecke. Denn nur mit dieser NKU können wir eine Förderung der Streckensanierung aus Bundesmitteln erreichen. Sie ist also zwingende Voraussetzung.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung (MIL) wird die NKU daher, sobald es möglich ist, veranlassen. Gleichzeitig ist noch auf Folgendes hinzuweisen, dass der Probetrieb der RB 63 nicht einfach nur eingestellt wurde, sondern gemeinsam mit dem Landkreis Uckermark wurde durch das MIL ein Konzept für eine starke ÖPNV-Anbindung der Uckermark entwickelt. Dabei soll ein neuer, 190 km langer PlusBus-Ring die marode Schienenstrecke der Linie RB 63, bis der Schienenpersonennahverkehr wieder einsatzfähig ist, ersetzen und gleichzeitig noch mehr Menschen aus der Region effizient an den ÖPNV anbinden. Eine entsprechende Absichtserklärung haben die örtliche Landrätin und der Verkehrsminister in Potsdam unterzeichnet. Auch hier engagiert sich das Land Brandenburg zusätzlich finanziell. Dies ist ein sehr wichtiges Signal an die Menschen vor Ort!

Rede zu Menschenleben und Klima retten: Ja zu Tempolimits im Straßenverkehr!

Im März-Plenum durfte ich mich mit einem Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Menschenleben und Klima retten: Ja zu Tempolimits im Straßenverkehr!“ befassen. Das Thema ist dabei nicht neu. Bei dieser Grundsatzfrage stehen vielen Befürwortern viele Gegner gegenüber – also ein sehr emotionales Thema. Zu den derzeitigen Fakten ist zu sagen, dass es im Moment gemäß der Straßenverkehrsordnung tatsächlich kein generelles Tempolimit auf den Bundesautobahnen vorgesehen ist. Und auch wenn nach der Autobahn-Richtgeschwindigkeits-Verordnung eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h gilt, so ist diese tatsächlich doch nur eine Empfehlung und keine Pflicht. Für ein Tempolimit gibt es aber gute Gründe, wie beispielsweise zum Zwecke der Verkehrssicherheit sowie Gesundheits-, Klima- und des Umweltschutzes, das steht außer Frage. Bei der Festlegung eines generellen Tempolimits müsste aber auf Bundesebene die Rechtsnorm geändert werden. Hier fehlt uns als Land also die Zuständigkeit und die Befugnis.



Was aber schon jetzt ohne Problem möglich ist: in Städten lässt die Straßenverkehrsordnung bereits heute auf mehreren Ebenen verkehrsrechtliche geschwindigkeitsreduzierende Anordnungen zu. So beispielsweise aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen oder auch im Bereich von Kindergärten und Schulen. Diese Vielzahl von Instrumentarien haben bereits heute dazu geführt, dass für den deutlich überwiegenden Teil des Straßennetzes im Kommunen dauerhaft das Tempo 30 gilt. Vieles von dem, was im Antrag der LINKEN gefordert wurde, existiert also bereits in der Realität. Weiterhin begleitet die Landesregierung den gegenwärtigen Meinungsbildungsprozess zur Herabsenkung von Höchstgeschwindigkeiten in der StVO auf Bundesebene aktiv. Auch hat sich die Landesregierung im Hinblick auf die verschiedenen Initiativen der innerörtlichen streckenbezogenen Geschwindigkeitsbeschränkungen von 30 km/h gegenüber dem Bund klar positioniert und einen Beschluss der Verkehrsministerkonferenz ausdrücklich unterstützt. Diese Inhalte sind daraufhin vom Bund in dessen Gesamtprojekt „Nachweis der Auswirkungen von Tempo 30 auf die Lichtsignalanlagen-Steuerung, die Verkehrsqualität, die Luftqualität und die Verkehrssicherheit“ aufgenommen worden. Das Projekt begann im März 2022 und hat eine Laufzeit von 36 Monaten.

Die Landesregierung von Brandenburg steht den Bestrebungen der Bundesregierung, das Rechtsziel der StVO so anzupassen, dass neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs auch die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden offen gegenüber. Auch steht das Minis-

terium für Infrastruktur und Landesentwicklung (MIL) den unteren Straßenverkehrsbehörden umfassend und beratend zur Seite, auch im Hinblick auf entsprechende Auslegungsfragen der StVO. Die Landesregierung ist also im Rahmen ihrer Kompetenzen vollumfänglich tätig und man kann gespannt die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abwarten.

Aus dem Wahlkreis

Veranstaltung *dialogP* am Bertolt-Brecht-Gymnasium

Im Februar nahm ich als Landtagsabgeordnete am Veranstaltungsformat „dialogP“ am Bertolt-Brecht-Gymnasium in Brandenburg teil. Das Format bringt junge Menschen und Politik zusammen, fördert das Verständnis für unsere parlamentarische Demokratie und ermöglicht einen Dialog auf Augenhöhe zwischen den Schülerinnen und Schülern sowie den teilnehmenden Abgeordneten.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und einem Quiz zum „Aufwärmen“, wurde an sechs Tischen unter anderem über Themen geredet wie:

Sollte das Unterrichtsfach „Lebenspraxis“ eingeführt werden?

Sind Sie dafür, dass der Wehrdienst wieder eingeführt wird?

oder

Sollte die Digitalisierung in Schulen stärker gefördert werden?

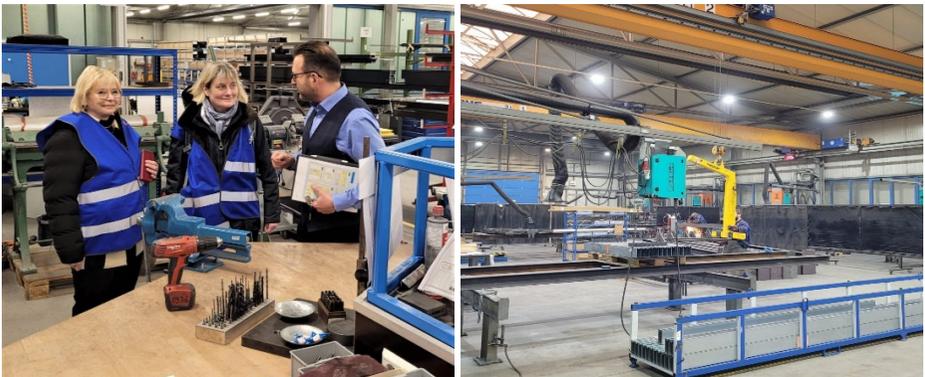


Ein Blick in das Plenum der Schülerinnen und Schüler. Bild rechts: hier diskutiere ich mit einer Gruppe über eine der aufgeworfenen Thematiken

Die Diskussion und der Austausch mit den Schülerinnen und Schülern erfolgte sehr konstruktiv, kritisch und gehaltvoll. Am Ende wurden die Resultate und Meinungen der Thementische ausgewertet und allen Schülerinnen und Schülern präsentiert. Danach wurde über Pro- und Kontra-Kärtchen eine Mehrheit für oder gegen ein Thema gefunden und von allen abgestimmt. Gerade diese Art von Terminen in meinem Wahlkreis gefallen mir sehr und ich diskutiere gerne mit jungen Menschen über die drängenden Themen unserer Zeit. Ein weiterer Termin innerhalb dieser Veranstaltungsreihe ist auch schon geplant. Im April besuche ich das Domgymnasium in Brandenburg und freue mich schon jetzt auf weitere interessante Unterhaltungen und Begegnungen.

Werksbesuch bei Metallbau Windeck und Gewinnung des Handwerks beim Jubiläum zu 300 Jahre Wagner-Orgel Brandenburg

Mitte Februar besuchte ich zusammen mit Prof. Dr. Ulrike Liedtke, der Präsidentin des Brandenburger Landtags, die Traditionsfirma Metallbau Windeck GmbH an ihrer Produktionsstätte in Rietz. Schon seit über 125 Jahren besteht dieser Meisterbetrieb und bietet den Kundinnen und Kunden heute ein breitgefächertes Spektrum an verschiedensten Metallbau- und Fassadenkonstruktionen. Über 100 hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen hier die vollständige Erarbeitung der Planungsunterlagen, der Statik und die hochwertige Umsetzung der Bauvorhaben aus einer Hand.



Prof. Dr. Ulrike Liedtke und ich im Gespräch mit Geschäftsführer Oliver Windeck, rechts: ein Blick in die moderne Werkshalle des Unternehmens

Auf der Agenda standen aber nicht nur der Besuch der Unternehmensführung und die Besichtigung der modernen Fertigungshallen. Gemeinsam mit Geschäftsführer Oliver Windeck und Ulrike Liedtke, die auch zugleich Domherrin am Dom zu Brandenburg an der Havel ist, unterhielten wir uns über die Gewinnung von Handwerksbetrieben für das 300jährige Jubiläum der Wagner-Orgel im Dom zu Brandenburg. Eine Orgel ist nicht nur ein Musikinstrument, sondern auch ein großes Stück Handwerkskunst. Nichts liegt daher also näher, als das Handwerk von nah und fern dafür zu begeistern und Teil der Jubiläumsveranstaltungsreihe von Juni bis September 2023 werden zu lassen. Bei der Kontaktherstellung möchte uns Oliver Windeck in Zukunft unterstützen.

Wer sich mehr über das Jubiläum der Wagner-Orgel informieren möchte, findet alles in der neuen Broschüre des Kuratoriums:

<https://www.dom-brandenburg.de/300orgel/>

Sportlichste Stadt 2022 im Land Brandenburg – Ministerin Britta Ernst in Brandenburg/Havel

Unter dem Motto: „Starker Sport – starke Kommunen“ – gab es in diesem Jahr zwei Preisträger im Auszeichnungswettbewerb „Sportlichste Stadt/Gemeinde im Land Brandenburg“. Die Preise gingen an Brandenburg/Havel und Wildau (Landkreis Dahme-Spreewald). Beide Städte wurden in der Kategorie „Städte, Gemeinden und Ortsgemeinden von Verbandsgemeinden ab 10.000 Einwohner“ zu gleichen Teilen geehrt und erhielten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro. Die Auszeichnung Brandenburgs fand Anfang März im Rathaus mit Sportministerin Britta Ernst und Oberbürgermeister Steffen Scheller sowie zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus dem sportlichen Bereich statt.

Mit dieser Auszeichnung unterstützen das Sportministerium (MBS), der Landessportbund Brandenburg (LSB) und der Städte- und Gemeindebund Brandenburg seit zwei Jahrzehnten die besonderen Partnerschaften zwischen Sport und Kommunen. Die Auszeichnungskriterien sind beispielsweise die Mitgliederzahlen in den Sportvereinen vor Ort, die Vielfalt der Sportangebote, bürgerfreundliche Nutzungsmöglichkeiten der Sportstätten, die Entwicklung von Sportstätten und ihrer Konzeption sowie der Stellenwert des Sports innerhalb der Kommune.



Prominenter politischer Besuch in Brandenburg: Britta Ernst bei der Urkundenübergabe

Die Sportstadt Brandenburg kann stolz auf sich sein, denn mehr als 11.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt sind in über 80 Sportvereinen engagiert und aktiv. In fast 60 Sportarten gibt es Angebote von allgemeiner Sportgruppe bis Wasserball, Inklusions- und Integrationssport sowie Kita- und Schulsport. Mit dem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro will die Stadt ein Projekt zur Verbesserung der Teilhabe von inklusiven Sportlerinnen und Sportlern finanzieren. Das Geld geht dabei an die Havelschule, eine Schule mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“. Mit dem Geld soll ein Sportgerät für den Schulhof beschafft werden, um diesen bewegungsfreundlicher zu gestalten.

Rosenverteilen am Internationalen Frauentag

Am 8. März war es wieder soweit und der Internationale Frauentag wurde gefeiert! Passend dazu verteilte ich gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Neustadt/Wilhelmsdorf Rosen auf dem Neustädtischen Markt. Die kleine Geste der Anerkennung brachte so manches freudige Lächeln ins Gesicht der Beschenkten – und das tat auch mir gut.

Frauentag sollte an jedem Tag sein, aber an einem Tag wie diesem wird immer wieder klar, dass wir von der vollen Gleichberechtigung auch im Jahr 2023 noch weit entfernt. Dafür lohnt es sich, zu erinnern und zu kämpfen. An dieser Stelle kann man einfach mal

nur „Danke“ an den weiblichen Teil der Gesellschaft sagen. Danke, dass es Euch gibt und dafür, was Ihr jeden Tag leistet!



Flagge zeigen für Tibet am Altstädtischen Rathaus

Auch am 64. Jahrestag des Tibetaufstandes wurde am Rathaus wieder die Nationalflagge Tibets gehisst, um an das Schicksal der Tibeter zu erinnern und zu zeigen, dass wir sie in ihrem Kampf für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit unterstützen.

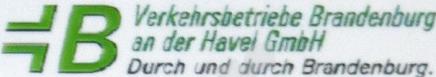


Solidarität am Rathaus: Oberbürgermeister Scheller hisst zusammen mit SVV-Vorsitzenden Walter Paaschen die Tibetflagge

Die Kampagne der Tibet Initiative Deutschland e.V. (TID) gibt es schon seit 1996. Hier werden Städte, Gemeinden und Landkreise dazu aufgerufen, am 10. März (Jahrestag des tibetischen Volksaufstands von 1959) an ihren Rathäusern die tibetische Flagge zu hissen. Gemeinsam soll damit ein Zeichen der Solidarität mit der tibetischen Bevölkerung demonstriert werden, die seit 1951 von China besetzt und unterdrückt wird.

Kostenfreier ÖPNV an Pflegeeinrichtungen in Brandenburg

Im letzten Jahr war ich zu einem Wahlkreisbesuch im Evangelisches Seniorenzentrum Haus Wilhelmsdorf in Brandenburg eingeladen. Gemeinsam mit der Einrichtungsleiterin Christel Holtmann traf ich mich auch auf ein Gespräch mit dem Bewohnerschaftsbeirat, der durch vier engagierte, in der Einrichtung lebenden Rentnerinnen gestellt wird. Bei dem Gespräch kam unter anderem der Wunsch nach einer kostenfreien Mobilität durch eine Bewohnerin auf. Da viele Bewohnerinnen und Bewohner Sozialhilfebezieher sind und nur über ein geringes Taschengeld verfügen, stellt schon der Weg zum Einkauf oder zum Arzt eine große Investition dar. Dies nahm ich zum Anlass und sprach mit Jörg Vogler, dem Geschäftsführer der Brandenburger Verkehrsbetriebe (VBB) und stellte den Kontakt zur Heimleitung her.



Pflegeheim-Ticket - Nr. 27
Nur gültig ab dem 65. Lebensjahr.
Nur gültig in den Fahrzeugen der Verkehrsbetriebe
Brandenburg an der Havel GmbH.

Es gilt der „Gemeinsame Tarif der
im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg
zusammenwirkenden
Verkehrsunternehmen (VBB-Tariff).“

06120-30.001.629-2



06/26

Im Ergebnis gaben die Verkehrsbetriebe nun insgesamt 28 Fahrkarten an 10 Pflegeeinrichtungen in der Stadt aus, mit denen die Senioren ab sofort kostenlos die öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb der Stadt nutzen können. Die Tickets holen sich die Einwohner bei den Mitarbeitern ab und geben diese später wieder zurück. Die Aktion wurde bisher gut angenommen und bietet den Seniorinnen und Senioren, die noch über eine gewisse eigene Mobilität verfügen, auch wieder ein Stück mehr Lebensqualität.

Ich freue mich, dass manchmal ein kleiner Besuch im Wahlkreis so eine große Auswirkung haben kann!

Mehr Informationen unter:

<https://www.meetingpoint-brandenburg.de/neuigkeiten/artikel/127279-senioren-aus-zehn-pflegeeinrichtungen-koennen-jetzt-kostenlos-mit-den-oeffentlichen-fahren>

Das Foto der Woche

Immer wieder stelle ich bei Instagram und auf meiner Homepage neue Fotos meiner Aktion „Foto der Woche“ ein. Brandenburg an der Havel ist eine facettenreiche Stadt, inmitten einer einzigartigen Naturlandschaft. Deshalb präsentiere ich jede Woche einen neuen Schnappschuss aus der Stadt Brandenburg, einem Ortsteil oder der Region. Dazu gibt es interessante Hintergrundinformationen und Wissenswertes für Stadtkenner und Neulinge. Wenn Ihr Euch dafür interessiert, dann folgt mir auf Instagram unter www.instagram.com/brittakormmesser/.

Hier seht Ihr einige neue Beispiele:



Ein Sonnenaufgang
im Winter



Die Gasse Kommu-
nikation



Am Hauptbahnhof
unterwegs

Das Beste zum Schluss...

Frühkindliche Bildung soll kostenfrei sein. Die SPD Brandenburg hat sich dazu klar bekannt und schon im Koalitionsvertrag die Einführung zweier weiterer beitragsfreier Kindergartenjahre durchgesetzt. Wir ergänzen nun mit dem Brandenburg-Paket die Unterstützung des Bundes, sodass niemand allein gelassen wird! Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Familien.

>> Familien finanziell entlasten



Für alle Hort- und KiTa-Kinder ab 1. Januar 2023



Familien mit einem Haushaltsnettoeinkommen von etwa 35.000€ oder weniger sind beitragsfrei



Davon profitieren mehr als die Hälfte aller Hort- und KiTa-Kinder Brandenburgs

Bereits jetzt ist das letzte Kindergartenjahr in Brandenburg beitragsfrei. Weitere zwei Kindergartenjahre werden noch in dieser Legislaturperiode schrittweise dazu kommen. Darüber hinaus zahlen Eltern mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 20.000 Euro aktuell schon jetzt keine Beiträge für ihre Kinder. Davon sollen nun auch Eltern mit mittlerem Einkommen profitieren, indem die Grenze auf 35.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen angehoben wird.

Die Bewältigung der derzeitigen Krisen, die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise treffen alle Bereiche unserer Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir das für die Brandenburger Familien durchgesetzt haben. Mit dem Paket entlasten wir jetzt die Eltern und davon profitieren vor allem unsere Kinder. Ab dem 1. Januar 2023 werden etwa 117.000 Kinder in Brandenburg beitragsfrei die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung besuchen. Das sind über 60 Prozent aller Hort- und Kitakinder in Brandenburg.



**UNSER KITA
PAKET.**

WIR VERBESSERN
BRANDENBURGS KITAS.

**Landtagsfraktion
Brandenburg**

SPD

Menschlich. Mutig. Miteinander.

#UNSERWORTGILT

Impressum

Britta Kornmesser, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Bildnachweise

Britta Kornmesser, MdL
Udo Krause
Steffi Sondermann
Rüdiger Böhme/Meetingpoint
SPD-Landtagsfraktion Brandenburg
Landtag Brandenburg
Stadt Brandenburg
bluedesign/Fotolia.com, Seite 13
Verkehrsbetriebe Brandenburg/Havel, S.
19
Deutsches Historisches Museum, S. 18
NEB/Christian Bedeschinski, S. 11

Redaktion und Gestaltung

Udo Krause

Kontakt

Landtagsbüro Potsdam

Telefon: 0331 / 966-1344

britta.kornmesser

@spd-fraktion.brandenburg.de

Wahlkreisbüro Brandenburg/H.

Bäckerstraße 39

14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 / 30 21 05

Weitere Informationen

Homepage:

www.brittakornmesser.de

Facebook:

www.facebook.com/KornmesserBritta

Instagram:

www.instagram.com/brittakornmesser/